

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend  
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen  
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 25. November 2010

## Die Krise und das Klima

Die Wirtschaftskrise hatte vordergründig einen positiven Nebeneffekt – das Klima wurde kurze Zeit geschont. Weil die Produktion einbrach, ging der Ausstoß von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) in Deutschland im Jahr 2009 um 8,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Weltweit dürften 2009 die Emissionen gegenüber dem Vorjahr um rund 1 Prozent geschrumpft sein. Langfristig ist dieser geringe Gewinn für das Klima jedoch fragwürdig, denn drosseln die Unternehmen die Produktion und muss der Staat den Gürtel enger schnallen, wird auch nicht in energieeffizientere Anlagen sowie in For-

schung und Entwicklung für diesen Bereich investiert. Inzwischen ist die Rezession zwar passé, doch die Firmen gewinnen erst langsam wieder finanziellen Spielraum, um ihre Klimaschutz-Anstrengungen erneut zu verstärken. Da ist es wenig hilfreich, dass die EU den Vorschlag ins Gespräch gebracht hat, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 gegenüber 1990 um 30 statt um 20 Prozent zu verringern. Dies würde die hiesigen Unternehmen zusätzlich belasten, wenn der Rest der Welt sich dem nicht anschließt. Hierzulande ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß zwischen 1990 und 2008 um 1,4 Prozent pro Jahr gesunken.

## In dieser Woche

**Geldpolitik der EZB:** Seit Ausbruch der Krise versorgt die Europäische Zentralbank die Kreditinstitute der Eurozone verstärkt mit günstigem Geld. Zu diesem Zweck kauft sie den Banken auch Staatsanleihen ab – eine Maßnahme, die politisch und unter Risikoaspekten höchst umstritten ist. Seite 2

**Ältere Beschäftigte:** Beschäftigte ab 50 Jahren haben ganz konkrete Vorstellungen davon, wie die Unternehmen auf ihre speziellen Bedürfnisse eingehen sollten. Am meisten wünschen sich ältere Arbeitnehmer ergonomische Arbeitsplätze, mehr Weiterbildung und altersgemischte Teams. Seite 3

**Spitzentechnologien:** Unternehmen, die vergleichsweise viel Geld in Forschung und Entwicklung stecken, beschäftigen nicht nur besonders viele Akademiker, sondern auch gut ausgebildete Fachkräfte. Beide Absolventengruppen verdienen überdies in diesem Segment überdurchschnittlich. Seite 4-5

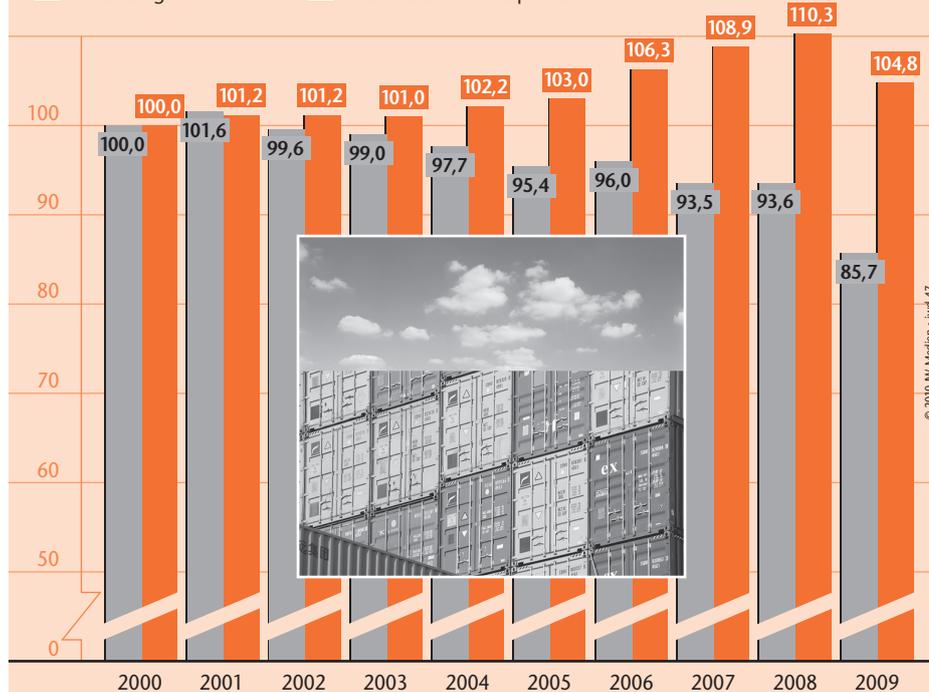
**Wagniskapital:** In Großbritannien und den USA sind sie schon lange weit verbreitet, doch in Deutschland machen sie sich noch rar: Beteiligungskapitalgeber. Im vergangenen Jahr flossen in der Bundesrepublik lediglich 1,6 Milliarden Euro in direkte Firmenbeteiligungen. Seite 6-7

**Belgien:** Wallonen und Flamen trennt nicht nur die Sprache, auch in puncto Wohlstand durchzieht das Land eine Trennlinie: Mit annähernd 32.000 Euro fällt das BIP pro Kopf in Flandern um 40 Prozent höher aus als in der Wallonie. Außerdem sind im Norden Belgiens deutlich weniger Menschen arbeitslos als im Süden. Seite 8

### Klima: Trotz Wachstum besser geschützt

in Deutschland, 2000 = 100

■ Treibhausgasemissionen ■ Reales Bruttoinlandsprodukt



Ursprungsdaten: Umweltbundesamt, Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Geldpolitik der EZB

## Zweischneidige Strategie

**Obwohl die Konjunktur vielerorts längst wieder rund läuft, betreibt die Europäische Zentralbank (EZB) weiterhin eine lockere Geldpolitik. Sie ist gekennzeichnet von einem großen Kreditvolumen und einem extrem niedrigen Zinsniveau. Ob diese expansive Strategie der Zentralbank auch mittelfristig aufgeht, wird sich allerdings zeigen müssen.**

Liquidität! Die Banken mit ausreichend Geld zu versorgen, Zahlungsschwierigkeiten bei Kreditinstituten zu verhindern und eine Kreditklemme zu vermeiden, das ist seit vielen Monaten das vorrangige Ziel der Europäischen Zentralbank. Als die Banken mit dem Beginn der Finanz- und Konjunkturkrise untereinander plötzlich kaum noch Geld verliehen, sprang die EZB in die Bresche. Sie gewährte den Banken enorm viele und günstige Kredite – und tut es noch (Grafik):

**Vor der Finanzkrise lieh die EZB den Banken im Euroraum rund 450 Milliarden Euro, zwischenzeitlich verdoppelte sich die Kreditsumme und mittlerweile sind es etwa 700 Milliarden Euro, die die Zentralbank als liquide Mittel zur Verfügung stellt.**

Die lockere Geldpolitik der EZB schlägt sich auch in der Bilanzlänge der

Notenbank nieder (vgl. iwd 29/2009). Vor der Wirtschaftskrise verwaltete die EZB eine Bilanzsumme von rund 1.200 Milliarden Euro, inzwischen sind es um die 1.900 Milliarden Euro. Ohne die Finanz- und Konjunkturkrise wäre die EZB-Bilanz aktuell um 200 bis 420 Milliarden Euro „kürzer“.

Zunächst sorgte die Notenbank für Liquidität, indem sie den Banken im Euroraum verstärkt günstige Kredite zur Verfügung stellte. Der Zins für diese Forderungen liegt gegenwärtig bei 1 Prozent, einem sehr niedrigen Wert. Da der Leitzins zudem das Zinsniveau auf dem Interbankenmarkt beeinflusst, sind auch dort die Zinsen derzeit tief. So leihen sich Banken – sofern sie es überhaupt tun – momentan untereinander Geld für ein Zinsniveau, das zeitweise unter 0,7 Prozent liegt.

Die Wucht der Krise hat die EZB schließlich aber auch zu unkonventionellen Maßnahmen bei der Liquiditätssicherung greifen lassen. Bereits im Sommer 2009 kaufte sie die ersten Schuldverschreibungen – Pfandbriefe beispielsweise – auf, um die damals ausufernde Volatilität zu reduzieren. Als dann im Mai 2010 die Griechenlandkrise losbrach, intervenierte die Europäische Notenbank auch auf dem Markt für

staatliche Anleihen, indem sie diese Papiere den Banken abkaufte: Einerseits, um den wankenden Euro zu stützen, andererseits, um die Banken, die solche Wertpapiere besaßen, vor Bilanzverlusten und den damit einhergehenden Schwierigkeiten zu bewahren. Neben griechischen dürften vor allem portugiesische, spanische und irische Papiere ihren Besitzer gewechselt haben.

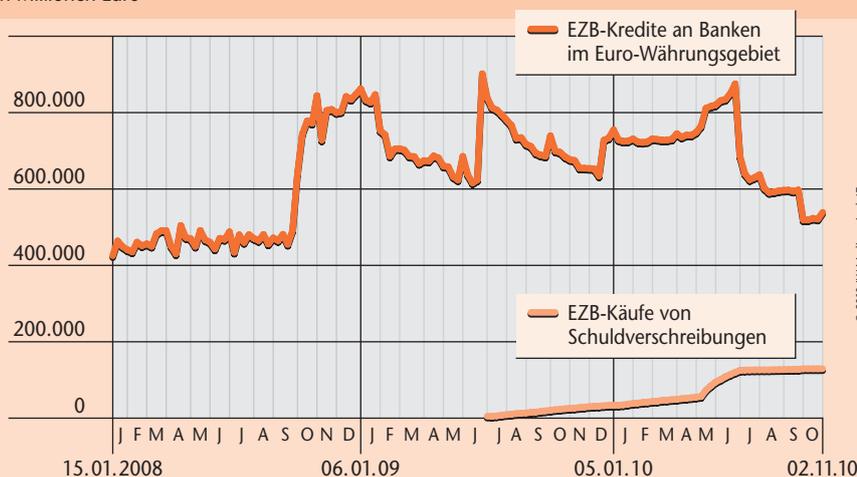
Die Entscheidung der EZB, staatliche Anleihen ins Portefeuille zu nehmen, ist umstritten. Denn indirekt ermöglicht es die EZB so den Ländern, die derart gestützt werden, sich weiter zu verschulden, da die Zentralbank die Bedingungen der staatlichen Finanzierung erleichtert. Hintergrund ist folgender: Investoren, die annehmen, dass die Zentralbank als potenzieller Käufer auftritt, sind eher bereit, staatliche Anleihen zu kaufen – denn die können sie ja gegebenenfalls bei der Zentralbank abladen. Die Krux: Grundsätzlich darf die EZB genau das gar nicht – denn sie soll keine Staatsverschuldung ermöglichen.

Die zwei Säulen der aktuellen EZB-Geldpolitik – die Kreditgewährung an Banken im Euro-Währungsgebiet sowie die Wertpapierkäufe – scheinen sich auf den ersten Blick kaum voneinander zu unterscheiden, versorgen doch beide Maßnahmen die Banken mit Geld. Doch ganz so einfach ist es nicht. Ein Kredit ist an Sicherheiten geknüpft, er ist auf drei oder sechs Monate begrenzt und es gibt kein Kursrisiko. Der Kauf von Wertpapieren dagegen verzerrt die Preise für staatliche Anleihen. Außerdem birgt der Kauf von Staatsanleihen ein finanzielles Risiko für die Zentralbank, das letztlich sogar auf den Steuerzahler zurückfallen kann.

Als Notfallmaßnahme mag der Kauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank alternativlos gewesen sein, doch er sollte keine Dauereinrichtung werden. Für den Fall, dass die Notenbanker mittelfristig ein Ende der Zukäufe planen, wäre es ratsam, ein wie auch immer geartetes Ausstiegsszenario klar zu signalisieren.

## EZB-Geldpolitik: Auf Expansivkurs

in Millionen Euro



Ursprungsdaten: Europäische Zentralbank

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Ältere Beschäftigte Meist hoch geschätzt

**Der Anteil der Beschäftigten an allen 55- bis 64-Jährigen ist in den vergangenen Jahren stärker gestiegen als die entsprechende Quote in den jüngeren Altersgruppen. In Zukunft werden die Unternehmen noch stärker auf die Älteren zurückgreifen müssen. Die Firmen sollten deshalb mehr tun, um die Leistungspotenziale der Älteren zu erschließen und zu fördern.**

Ältere Mitarbeiter galten lange als unproduktiv, anfällig für Krankheiten und wenig leistungsorientiert. Inzwischen haben gut acht von zehn Arbeitgebern ein gutes oder halbwegs gutes Altersbild, so ein Ergebnis der aktuellen Befragung, die das GfK-Marktforschungsinstitut im Herbst 2010 im Auftrag von „Wirtschaftsfaktor Alter“, einer Initiative des Bundesfamilienministeriums, durchgeführt hat (Kasten).

Danach halten die Firmen ihre älteren Beschäftigten für besonders erfahren (95 Prozent), verantwortungsbewusst (94 Prozent), loyal (87 Prozent) und schreiben ihnen eine positive Wirkung auf das Betriebsklima zu. Acht von zehn Unternehmen finden die älteren Beschäftigten genauso produktiv wie die jüngeren und 70 Prozent halten sie für ebenso innovativ.

### Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“

Im Jahr 2035 wird knapp die Hälfte der Menschen in Deutschland älter als 50 Jahre sein. Mit ihren Anliegen und Wünschen stellen die Älteren somit als Konsumenten ein großes Potenzial dar – den Wirtschaftsfaktor Alter. Die gleichnamige Initiative der Bundesregierung zielt auf die Erhöhung der Lebensqualität älterer Menschen und verbindet Senioren-, Wirtschafts- und Verbraucherpolitik miteinander. Die Bundesregierung will damit auch Anstöße geben, die Erfahrungen und Bedürfnisse der über 50-Jährigen z.B. bei der Produktentwicklung aufzugreifen; zugleich werden Unternehmen auf die ökonomischen Chancen der demografischen Entwicklung aufmerksam gemacht.

Weitere Informationen:  
[www.wirtschaftsfaktor-alter.de](http://www.wirtschaftsfaktor-alter.de)

Lediglich bei der Flexibilität und der Bereitschaft zur Weiterbildung hapert es aus Sicht der Unternehmen: So sind 70 Prozent davon überzeugt, dass ältere Beschäftigte länger als jüngere brauchen, um sich auf veränderte Arbeitsabläufe und Techniken einzustellen. Und gut die Hälfte schätzt die Älteren als weniger motiviert für Weiterbildung ein.

Immerhin unterstützen die Unternehmen ältere Mitarbeiter mit verschiedenen Maßnahmen zur Gesundheitsförderung, Arbeitsorganisation und Weiterbildung, um die Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern (Grafik). Die Mitarbeiter selbst würden sich gern noch stärker in Entwicklungsprojekte und Verbesserungsprozesse einbringen, in denen ihr Erfahrungswissen von Nutzen wäre. Alles in allem zeigt sich:

**Die betriebliche Unternehmenskultur und die Haltung zu den Älteren haben einen großen**

**Einfluss auf die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der älteren Beschäftigten.**

Ein negatives Bild davon, wie ältere Menschen sind und was sie leisten können, sowie mangelnde Hilfestellung wirken sich daher auch negativ auf die Selbsteinschätzung der Älteren aus. Befragt danach, ob sie ihre jetzige Tätigkeit noch bis zum Erreichen des regulären Renten- oder Pensionsalters ausüben können, antworteten zwei Drittel der Älteren in Unternehmen mit einem positiven Altersbild mit „Ja“. In Unternehmen mit einem als schlecht wahrgenommenen Altersbild stimmte nur ein Viertel der älteren Beschäftigten dieser Frage zu.

### Ältere Beschäftigte: Konkrete Wünsche an den Chef

▲ So viel Prozent der Beschäftigten ab 50 Jahren wünschen sich diese Maßnahme  
■ und so viel Prozent der Unternehmen bieten sie an



Mehrfachnennungen; Befragung von 3.107 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ab 50 Jahren sowie von 393 Personalverantwortlichen im September und Oktober 2010  
Quelle: GfK/Roland Berger Strategy Consultants/  
Forschungsgesellschaft für Gerontologie, Dortmund

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Unternehmen, die ihre alternden Belegschaften schon heute mit Maßnahmen zur ergonomischer Arbeitsplatzgestaltung, Wissensmanagement, Tätigkeitswechseln, Kompetenztraining und einer wertschätzenden Unternehmenskultur darauf vorbereiten, dass sie erst mit 65 oder 67 in den Ruhestand wechseln, werden mittel- und langfristig Vorteile im Wettbewerb um die knappen Fachkräfte haben. Wenn sie dann noch das Erfahrungswissen, das Qualitätsbewusstsein und die Loyalität ihrer Älteren stärker als bisher für die Unternehmensentwicklung und zentrale Geschäftsprozesse nutzen, merken sie bald: Die Silberlocken sind Gold wert.

## Spitzentechnologien

# Fachkräfte gefragt und gut bezahlt

**Innovative Branchen benötigen vor allem qualifizierte Mitarbeiter. Die Unternehmen der Spitzentechnologiebranchen beschäftigen zwar besonders viele Akademiker – aber auch gut ausgebildete Fachkräfte sind gefragt und werden gut bezahlt. Ein exponiertes Beispiel dafür ist die Pharmazeutische Industrie, die im Vergleich zu anderen Hightech-Sparten einen besonders hohen Fachkräftebedarf hat.\*)**

Es gibt viele Faktoren, die den Erfolg und das Wachstum einer Volkswirtschaft bestimmen – zum Beispiel die Entwicklung der Weltwirtschaft, der Umfang der Investitionstätigkeiten und die Innovationsfähigkeit der Unternehmen. Um nachhaltig den Wohlstand zu mehren, braucht Deutschland vor allem gut ausgebildete Arbeitskräfte. Schließlich steigt mit der wachsenden Bedeutung neuer Technologien der Bedarf an Menschen, die diese Neuerungen entwickeln, umsetzen und anwenden können.

Mit Sicht auf die einzelnen Wirtschaftssektoren gilt eine einfache Grundregel: Je forschungsintensiver eine Bran-

che ist, desto mehr Chancen haben Akademiker, auf ihrer Jobsuche dort fündig zu werden. So ist beispielsweise die Pharmabranche eine gute Anlaufstelle für entsprechend qualifizierte Akademiker, die einen neuen Arbeitsplatz suchen.

Für Forschung und Entwicklung (FuE) gab die Branche 2007 beachtliche 11,2 Prozent des Umsatzes aus, damit zählt sie zu den forschungsintensivsten Deutschlands und qua Definition zur Spitzentechnologie. In diese Kategorie fallen all jene Wirtschaftszweige, deren FuE-Aufwendungen mindestens 8,5 Prozent des Umsatzes betragen. Dies sind neben der Pharmazeutischen Industrie

beispielsweise auch die Datenverarbeitung sowie der Luft- und Raumfahrzeugbau. In der sogenannten Gebrauchstechnologie liegen die FuE-Aufwendungen zwischen 8,5 und 3,5 Prozent des Umsatzes. Zu dieser Branche zählen unter anderem der Fahrzeug- und der Maschinenbau sowie die Chemische Industrie.

Im Umkehrschluss zum besonders hohen Akademikerbedarf in den Spitzentechnologien wird oft unterstellt, dass geringer qualifizierte Arbeitnehmer kaum noch Aussichten auf einen Job in diesen Branchen hätten. Doch auch Arbeitskräfte ohne Studium sind wichtig für hochinnovative Bereiche, wie ein Blick auf die Qualifikations- und Lohnstruktur zeigt:

**Qualifikationsstruktur.** Beschäftigte mit Volks-, Haupt- oder Realschulabschluss machen auch in hochinnovativen Branchen den größten Beschäftigtenanteil aus. Mehr noch:

**In den Spitzentechnologiesektoren stieg die Zahl der Beschäftigten mit beruflicher Ausbildung von 2005 bis 2008 um 1,2 Prozent, in der Pharmaindustrie sogar um rund 2,1 Prozent.**

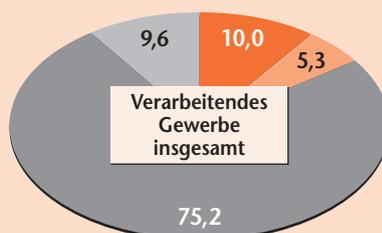
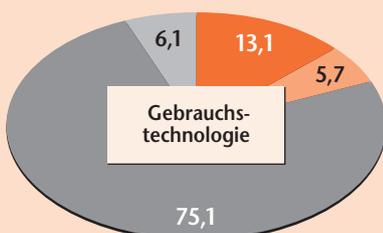
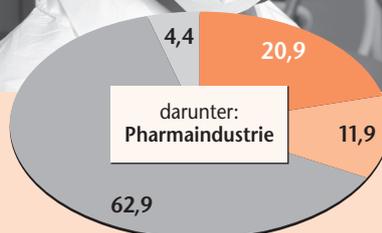
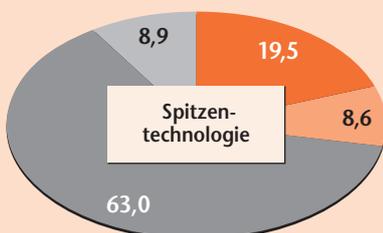
Zum Vergleich: Sowohl in der Spitzentechnologie als auch in der Pharmabranche stieg im selben Zeitraum die Beschäftigung von Akademikern um 1,9 Prozent. Zumindest im Pharmabereich wurden zuletzt also mehr Nicht-Akademiker eingestellt als Akademiker.

Dennoch sind Hochschulabsolventen gerade in Hightech-Branchen keine zu vernachlässigende Größe: Im Jahr 2008 hatte fast jeder fünfte Mitarbeiter in den Sektoren der Spitzentechnologie einen akademischen Hintergrund (Grafik). In der Gebrauchstechnologie war es hingegen nur jeder achte Kollege. Auch hinsichtlich der Beschäftigten, die mindestens Abitur haben, liegt die Spitzentechnologie vorn: Hier betrug der Anteil der entsprechend Qualifizierten etwa 28 Prozent und lag damit 10 Prozentpunkte über dem Wert in der Gebrauchstechnologie.

## Spitzentechnologien: Jobs für alle

So viel Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten besaßen im Jahr 2008 diesen höchsten erreichten Bildungsabschluss

- ▲ Fach-/Hochschule
- ▲ Abitur
- ▲ Volks-/Haupt-/Realschule
- ▲ keine Angabe



Wirtschaftszweige auf Basis der Klassifikation des Statistischen Bundesamts 2003; Spitzentechnologie: alle Sektoren, deren Aufwendungen für Forschung und Entwicklung mindestens 8,5 Prozent des Umsatzes betragen; Gebrauchstechnologie: alle Sektoren, deren Aufwendungen für Forschung und Entwicklung weniger als 8,5, aber mehr als 3,5 Prozent des Umsatzes betragen; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

\*) Vgl. Jasmina Kitanovic: Beschäftigungsstrukturen in hochinnovativen Branchen, in: IW-Trends 4/2010

Die Pharmazeutische Industrie sticht aus den Spitzentechnologiesektoren sogar noch einmal heraus. Zum einen weist die Branche mit knappem Vorsprung die höchste Nachfrage nach Akademikern auf. Zum anderen liegt der Anteil der Beschäftigten mit allgemeiner Hochschulreife fast 5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der Spitzentechnologien – damit bestätigt sich der Befund, dass sich mit der Forschungsintensität einer Branche der Anteil an hochqualifizierten Arbeitskräften erhöht.

Für diesen besonders hohen Bedarf an Hochqualifizierten spricht auch Folgendes: Weitet die Pharmabranche ihre Produktions- und Forschungskapazitäten aus, steigt die Nachfrage nach Akademikern zwar „nur“ genauso stark wie im Durchschnitt der Spitzentechnologie. Doch die Beschäftigungsmöglichkeiten für Fachkräfte mit beruflicher Ausbildung erhöhen sich im Vergleich zu anderen hochinnovativen Branchen überdurchschnittlich (Grafik).

Selbst ohne akademischen Hintergrund sind Fachkräfte also in der Pharmabranche besonders gefragt. Ordnet man die Arbeitnehmer entsprechend ihrer Tätigkeiten in fünf Leistungsgruppen ein, tritt der Fachkräftebedarf der Hightech-Branchen noch klarer zutage:

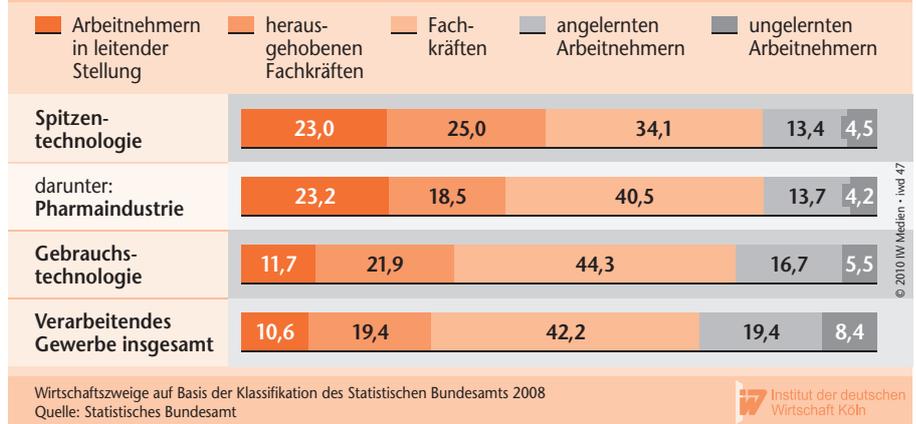
Je forschungsintensiver eine Branche ist, desto größer ist der Anteil der Mitarbeiter, deren Aufgabenfeld hohe Qualifikationen erfordert – im Vergleich zum Anteil der angelernten und ungelerten Arbeitnehmer. Gehört in der Spitzentechnologie nahezu jeder zweite Mitarbeiter zu der Gruppe der leitenden Angestellten und herausgehobenen Fachkräfte – die in der Regel ein Hochschulstudium abgeschlossen haben –, ist dies in der Gebrauchstechnologie nur bei jedem dritten Beschäftigten der Fall.

Fachkräfte sind sowohl in der Spitzentechnologie als auch in der Gebrauchstechnologie die am stärksten vertretene Arbeitnehmergruppe. Ihr Anteil liegt in der Spitzentechnologie mit 34 Prozent aber rund 10 Prozentpunkte unter dem entsprechenden Anteil in der Gebrauchstechnologie.

**Gehaltsstruktur.** In forschungsintensiven Branchen werden nicht nur Akademiker gut bezahlt. Das hat einen ver-

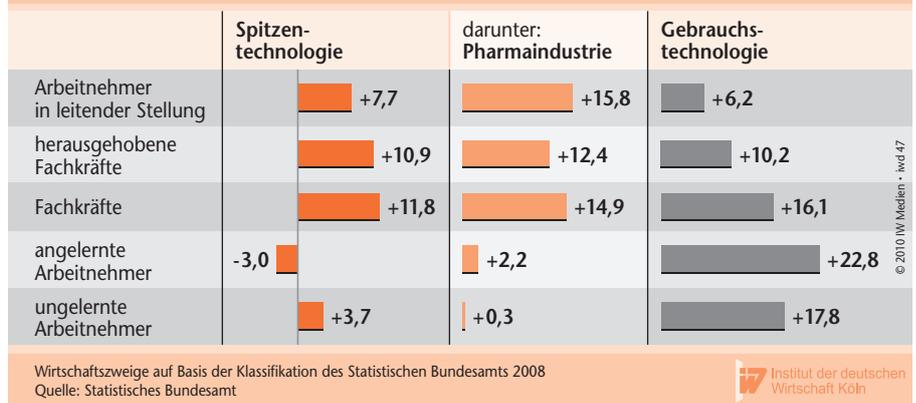
## Spitzentechnologien: Viele leitende Angestellte

So viel Prozent der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer zählten im Jahr 2008 zu den ...



## Gehälter: Innovative Branchen zahlen mehr

So viel Prozent verdienen Beschäftigte dieser Wirtschaftszweige im Jahr 2008 brutto mehr (+) oder weniger (-) als Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt



ständlichen Grund: Je höher in einer Branche der Bedarf an Mitarbeitern mit einer bestimmten Qualifikation ist, desto eher entlohnt sie diese Arbeitskräfte im Vergleich zu anderen Branchen überdurchschnittlich. Da die Pharmazeutische Industrie tendenziell immer mehr Facharbeiter benötigt, zahlt die Branche entsprechend höhere Löhne, um die vakanten Stellen besetzen zu können (Grafik):

**Der Bruttostundenverdienst einer Fachkraft liegt in der Spitzentechnologie rund 12 Prozent über dem entsprechenden Durchschnittsverdienst des Verarbeitenden Gewerbes. Eine Fachkraft in der Pharmabranche erhält sogar 15 Prozent mehr Gehalt.**

Doch nicht nur einzelne Arbeitnehmergruppen werden in hochinnovativen Branchen besser bezahlt: Je forschungsintensiver die Branche ist, desto höher ist auch der Bruttoverdienst eines durchschnittlichen Arbeitnehmers im Ver-

gleich zum Durchschnitt aller Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes.

**Während in der Gebrauchstechnologie ein Arbeitnehmer im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe rund 18 Prozent mehr verdient, sind es in den Spitzentechnologien knapp 26 Prozent und in der Pharmabranche fast 29 Prozent mehr.**

Hier kommt die Tatsache zum Tragen, dass es in den innovativen Branchen mehr hochqualifizierte Beschäftigte gibt. Diese haben meist ein Studium abgeschlossen und verdienen mehr. Entsprechend steigt das durchschnittliche Entgeltniveau.

Gleichzeitig zeigt die Pharmazeutische Industrie, dass in der Spitzentechnologie nicht nur die Hochqualifizierten profitieren: Das überdurchschnittlich hohe Entgeltniveau der Branche wird hier auch von einem hohen Anteil an Facharbeitern getragen, die überdurchschnittlich entlohnt werden.

## Finanzamt-Thriller



Ob Berufsanfänger, Eltern oder ein 82-Jähriger, der neben einer kleinen Rente Mieteinnahmen aus dem vom Mund abgesparten Haus kassiert – sie alle stehen Jahr für Jahr vor dem gleichen Problem namens Steuererklärung. Kommt der eine noch mit einer Anlage – zumeist N – aus, muss der hochbetagte Hauseigentümer gleich einen ganzen Schwung davon ausfüllen. Wer dann noch selbstständig arbeitet, erhält vom Finanzamt sozusagen einen Zweitjob in der Disziplin „Belege sammeln“. Weil sie das als viel beschäftigte und engagierte Journalistin und Mutter nicht immer so akribisch getan hat, wie das deutsche Finanzbehörden erwarten, hat sich die Kölner Journalistin und stellvertretende Chefredakteurin der Zeitschrift „Chrismon“, Ursula Ott, nun ihren Ärger über den Fiskus von der Seele geschrieben und die Absurditäten und Ungereimtheiten des deutschen Steuersystems gleich mit aufs Korn genommen. Beispiele dafür – traurige wie fast witzige – präsentiert die Autorin zuhauf, und sie bringt die komplizierte Materie mit flotter Schreibe auf den Punkt. Ein Thriller der etwas anderen Art – wobei dem „Feind“ Finanzamt am Ende die Hand gereicht wird. Denn Ursula Ott macht ebenso klar: Wer in einem funktionierenden Gemeinwesen leben will, muss dafür auch etwas geben. Aber muss das denn immer so kompliziert sein?

**Brigitte Lausch**

**Ursula Ott: Total besteuert – Wie ich einmal ganz alleine den Staatshaushalt retten sollte, dtv, München, 2010, ISBN 978-3-423-34597-2**

## Ernst-Schneider-Preis 2011

Termin

Der Ernst-Schneider-Preis – Journalistenpreis der deutschen Wirtschaft – zeichnet jährlich Journalisten aus, deren Beiträge beispielhaft wirtschaftliches Wissen oder Zusammenhänge der Wirtschaft und der Technik vermitteln. Zusätzlich zu Fernseh-, Hörfunk- und Printbeiträgen können nun auch Onlinestücke ins Rennen gehen – hier kann sich bewerben, wer wirtschaftliche Informationen multimedial aufbereitet und verständlich präsentiert. Die Beiträge müssen aus dem Jahr 2010 stammen. Es winken Preise von insgesamt 60.000 Euro. Bis zum 14. Januar 2011 können noch Beiträge eingereicht werden. Ausschreibungsunterlagen sind im Internet abrufbar unter „www.ernst-schneider-preis.de“.

## Wagniskapital

# In Deutschland recht knapp

**Junge Hightechfirmen können in Deutschland nur in relativ geringem Maße auf Wagniskapital von privaten Investoren zurückgreifen. In Ländern wie Großbritannien oder den USA existiert dagegen ein weit größerer Markt für solche Kapitalbeteiligungen. Um die Situation hierzulande zu verbessern, sollte der Staat günstigere rechtliche Rahmenbedingungen für Wagniskapitalfonds schaffen.\*)**

Im weltweiten Vergleich ist Deutschland ein dicht besiedeltes, rohstoffarmes Land. Wirtschaftliches Wachstum ist daher nur mit Know-how möglich, sprich: wenn kluge Köpfe als Unternehmer mit innovativen Hightech-Gütern neue Märkte erschließen. In der Praxis geschieht dies jedoch immer seltener – wie eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim zeigt:

**Seit 1995 ist die Zahl der Unternehmensgründungen im Hightechsektor unterm Strich um etwa 30 Prozent zurückgegangen.**

Dabei mangelt es hierzulande sicherlich nicht an guten Ideen – deren Umsetzung scheitert jedoch oft an der Finanzierung. Denn der Kapitalbedarf für innovative Gründer ist hoch; zudem müssen von der ersten Planung bis zur Markteinführung eines Hightech-Produkts oft lange Durststrecken überwunden werden. Daran scheitern viele Innovationsvorhaben, was wiederum für potenzielle Investoren ein hohes Risiko mit sich bringt. Vor allem Kredit gebende Banken haben deshalb ein Problem: Dem hohen Ausfallrisiko steht keine adäquate Chance auf einen Gewinn gegenüber – schließlich kassieren die Finanzinstitute maximal den vereinbarten Zins auf das bereitgestellte Kapital.

Eine Lösung aus diesem Dilemma bietet die Bereitstellung von Wagniskapital, also von Mitteln, mit denen sich Geldgeber di-

rekt an Hightech-Gründungen beteiligen (Kasten). Doch Deutschland ist alles andere als ein Eldorado für solche Finanzierungsmodelle. Der hiesige Markt für Beteiligungskapital, von dem nicht nur Firmen im Hightechsektor profitieren, kam in den vergangenen Jahren nie über ein Volumen von 7 Milliarden Euro brutto hinaus, mit den Rückflüssen saldiert waren es 2008 lediglich 5 Milliarden Euro.

**Im Krisenjahr 2009 flossen sogar nur 1,6 Milliarden Euro in direkte Firmenbeteiligungen.**

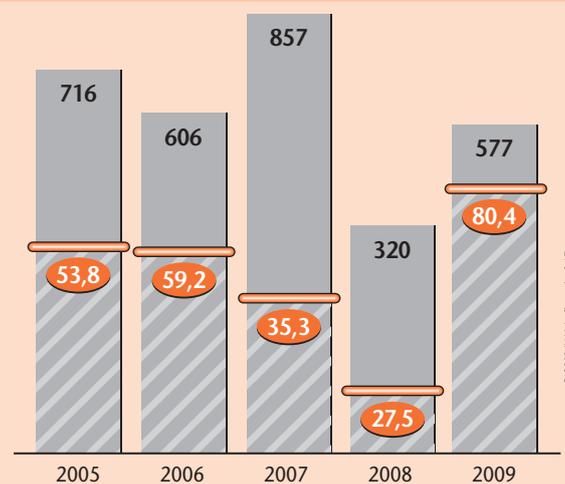
Gemessen an dem gesamten Eigenkapital der mittelständischen Unternehmen in Deutschland von 153 Milliarden Euro waren das ziemlich magere Beträge.

\*) Vgl. Klaus-Heiner Röhl: Der deutsche Wagniskapitalmarkt – Ansätze zur Finanzierung von Gründern und Mittelstand, IW-Positionen Nr. 46, Köln 2010, 56 Seiten, 11,80 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: www.iwmedien.de

## Wagniskapital: Viel Geld vom Staat

So viele Millionen Euro haben deutsche Wagniskapital-Fonds zur Finanzierung von technologieintensiven Firmengründungen eingeworben

Davon kamen so viel Prozent von Bund, Ländern, Kommunen sowie öffentlichen Banken



Quelle: Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK)

Institut für deutsche Wirtschaft Köln

Das eigentliche Wagniskapital fließt hierzulande ebenfalls recht spärlich – besonders im internationalen Vergleich (Grafik):

**Im Jahr 2008 standen in Deutschland nur 0,06 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – weniger als 1,5 Milliarden Euro – als Wagniskapital für Gründungen hochtechnologischer Firmen zur Verfügung. Im EU-Durchschnitt war der Anteil doppelt so hoch.**

Am stärksten floriert der Venture-Capital-Markt innerhalb Europas in Großbritannien – dort investierten Kapitalgeber 2008 fast 0,4 Prozent der Wirtschaftsleistung in innovative Unternehmen.

Global gesehen sind allerdings die USA das Maß der Dinge – vor der Wirtschaftskrise belief sich das Wagniskapital dort sogar auf etwa 0,8 Prozent des BIP. Die bekanntesten Nutznießer dürften die Hightech-Firmen im kalifornischen „Silicon Valley“ sein. Insgesamt gibt es in den Vereinigten Staaten 350 private Venture-Capital-Gesellschaften mit einem Beteiligungsvolumen von jeweils mehr als 100 Millionen Dollar. Einige Fonds verfügten sogar über mehr als 1 Milliarde Dollar.

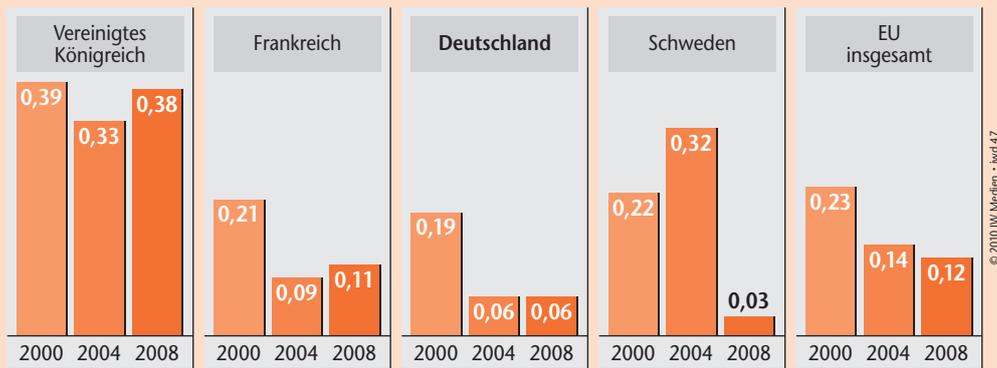
Mit solchen Beträgen kann kein einziger deutscher Beteiligungsfonds aufwarten. Sofern die Fondsgesellschaften überhaupt über mehr als 100 Millionen Euro verfügen können, schaffen sie dies nur dank öffentlicher Mittel. Der bekannteste Fonds, an dem sich der Staat maßgeblich beteiligt, ist der High-Tech Gründerfonds, der etwa 270 Millionen Euro bereitstellt. Generell spielt öffentliches Kapital für die in Deutschland aktiven Fonds eine große Rolle (Grafik Seite 6):

**Von den gut 3 Milliarden Euro, die deutsche Wagniskapitalfonds zwischen 2005 und 2009 insgesamt eingeworben haben, stammte gut die Hälfte aus öffentlichen Quellen.**

Zwar ist die Absicht des Staates lohnenswert, die Innovationsaktivitäten am Standort D zu stärken. Dennoch ist die Initiative unternehmerisch denkender

## Wagniskapital: Briten investieren am meisten

So viel Prozent des Bruttoinlandsprodukts standen als Wagniskapital (Venture Capital) für technologieintensive Firmengründungen zur Verfügung



Länderauswahl: EU-Staaten mit den größten Märkten für Wagniskapital  
 Ursprungsdaten: European Venture Capital Association (EVCA)

Institut der deutschen  
 Wirtschaft Köln

privater Investoren sicherlich eine bessere Voraussetzung, um Firmengrüdern zum Markterfolg zu verhelfen. Damit dies künftig leichter möglich ist, kann der Staat aber durchaus etwas tun – indem er die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessert. Einige Reformvorschläge:

- **Verrechnung von Verlusten erleichtern.** Da etwa die Hälfte aller innovativen Gründungen am Ende scheitert und das eingesetzte Kapital vollständig verlorengeht, müssen sich andere Projekte für die Investoren entsprechend lohnen. Für die Geldgeber wäre es daher wichtig, Verluste aus einem Engagement voll mit den Gewinnen aus anderen Vorhaben verrechnen zu können. Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 2008 wurden diese Verlustvortragmöglichkeiten jedoch eingeschränkt – hier gilt es für die Bundesregierung nachzubessern.

- **Steuertransparenz verbessern.** Das im Jahr 2008 verabschiedete Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen enthält zu viele Einschränkungen, um eine generelle Steuertransparenz zu ermöglichen. Eine solche Transparenz wäre gegeben, wenn Gewinne aus Investitionen in Wagniskapital nicht beim betreffenden Fonds, sondern nur bei den einzelnen Kapitalgebern selbst besteuert würden. Dies ist zwar in der Praxis der Steuerverwaltung derzeit meist der Fall, die Gesetzeslage lässt aber auch eine doppelte Besteuerung der Gewinne zu – etwa durch Gewerbesteuerzahlungen der Fonds. Das schreckt jedoch potenzielle Investoren ab und lässt das Wagniskapitalvolumen schrumpfen.

- **Umsatzsteuerfreiheit wieder einräumen.** Seit 2009 sind die Leistungen, die den Beteiligungsfonds von den Verwaltungs- oder Managementgesellschaften in Rechnung gestellt werden, nicht mehr von der Umsatzsteuer befreit. Dies ist ein Problem, weil die Fonds die gezahlte Umsatzsteuer nicht als Vorsteuer geltend machen können. Damit steigen die Verwaltungskosten, was die Attraktivität der Beteiligungsfinanzierung verringert.

## Wagniskapital

Wagniskapital – auch als Risikokapital oder auf Englisch als Venture Capital bezeichnet – ist eine Form des Beteiligungskapitals, die vor allem dazu dient, meist stark risikobehaftete Firmengründungen im Bereich der Hochtechnologie zu finanzieren. Ein Finanzier bringt dabei sein Eigenkapital ein, riskiert aber auch, dieses Geld vollständig zu verlieren. Hat das Unternehmen hingegen Erfolg, ist der Investor an dessen Gewinnen voll beteiligt.

Üblicherweise sammeln Venture-Capital-Fonds die Mittel privater oder auch öffentlicher Investoren und finanzieren damit nach festgelegten Kriterien die Vorhaben aufstrebender Hightech-Firmen. Allerdings fließt dieses Wagniskapital nicht selten erst dann, wenn die Unternehmen die schwierige Startphase bereits gemeistert haben und nun zusätzliche Mittel für ihr weiteres Wachstum benötigen. Damit unterscheiden sich die Fonds von den sogenannten Business Angels (vgl. iwd 28/2010), die ihr persönliches Vermögen direkt in frisch gegründete Firmen stecken und dabei auch ihre eigenen unternehmerischen Erfahrungen und Vorstellungen einbringen.

Belgien

# Steiles Nord-Süd-Gefälle

Seit vielen Jahren prägt der Konflikt zwischen den Flamen im Norden und den Wallonen im Süden die belgische Politik. Die Auseinandersetzungen haben nicht zuletzt auch wirtschaftliche Gründe – die Region Flandern ist mittlerweile deutlich wohlhabender als die vom industriellen Strukturwandel gebeutelte Wallonie.

Noch bis zum Jahresende hat Belgien den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne. Dass das Land in dieser Rolle bislang kaum Impulse gesetzt hat, hängt auch mit seinen innenpolitischen Problemen zusammen. Seit der Parlamentswahl am 13. Juni konnten sich die Parteien nicht auf eine Regierung verständigen. Eher eine Nebenrolle spielt dabei die prekäre Finanzlage des Königreichs (Grafik). Entscheidend ist wohl vielmehr, dass die Neue Flämische Allianz (N-VA) mit 27 von 150 Abgeordneten die größte Fraktion im neuen Parlament stellt – eine Partei, die ein unabhängiges Flandern fordert.

Damit stehen die Unterschiede zwischen den Landesteilen erneut im Mittelpunkt der Politik. Zum einen geht es um einen Sprachenstreit – schließlich müssen in Belgien knapp 3,5 Millionen französischsprachige Wallonen im Süden mit 6,1 Millionen niederländisch sprechenden Flamen im Norden auskommen. Die zweisprachige Hauptstadtregion Brüssel ist noch ein zusätzlicher Zankapfel.

Zum anderen sind die Ursachen des Konflikts zwischen den Regionen auch wirtschaftlicher Natur. Bis in die 1960er Jahre war die von der Kohle- und Stahlindustrie geprägte Wallonie wohlhabender als Flandern. Mit dem Niedergang der Schwerindustrie und dem Aufstieg des Hafens in Antwerpen änderten sich die Verhältnisse. Im Jahr 2007 wurde das belgische Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von 335 Milliarden Euro zu 58 Prozent in Flandern erwirtschaftet und nur noch zu 23 Prozent in den fünf wallonischen Regionen. Die zweisprachige Hauptstadtregion Brüssel steuerte 19 Prozent der Wirtschaftsleistung bei. Ein weiterer Beleg für das Wohlstandsgefälle:

**Das BIP je Einwohner ist in Flandern mit 31.700 Euro 40 Prozent höher als in der Wallonie mit 22.600 Euro.**

Am besten steht die Provinz Antwerpen da, deren Wirtschaftsleistung pro Kopf 37.000 Euro erreicht. Die ärmste Region ist das an Ostfrankreich grenzende wallonische Hainaut (20.500 Euro).

Die Unterschiede zwischen dem belgischen Norden und Süden schlagen sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder:

**Mit einer Arbeitslosenquote von 4,9 Prozent schnitt Flandern im Jahr 2009 deutlich besser ab als die Wallonie mit 11,2 Prozent.**

Einen direkten Finanzausgleich wie etwa in Deutschland gibt es in Belgien zwar nicht. Indirekt fließen jedoch über das Steuer- und Sozialversicherungssystem finanzielle Mittel von Flandern in die anderen Landesteile. Die belgische Zentralbank schätzt den Umfang dieser Transfers auf etwa 2 Prozent des BIP.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

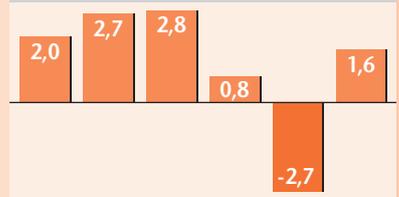
## An unsere Leser:

Gestiegene Kosten zwingen den Verlag, den Bezugspreis des iwd im Jahr 2011 auf monatlich 8,30 Euro anzuheben. Die Versandkosten betragen weiterhin 3,01 Euro.

## Belgien: Wieder höhere Schulden

2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010

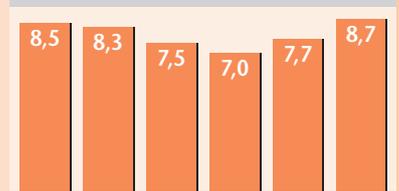
### Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



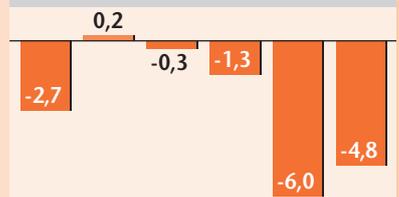
### Verbraucherpreise Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



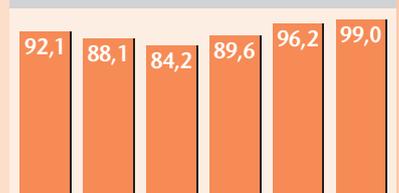
### Arbeitslosenquote in Prozent



### Haushaltssaldo in Prozent des BIP



### Schuldenstand in Prozent des BIP



2010: Prognose  
Ursprungsdaten: Europäische  
Kommission, Eurostat, IWF

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Für Adressaufkleber